

Für den politischen Theil:
G. Fontane,
für Neuesten und Vermischtes:
J. Kleinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Sachsels,
sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Augkisch in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei G. Ad. Salsch, Hofstet.,
Gr. Gerber- u. Bretterstr. 17,
Olo. Kiehl, in Strma
J. Acumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei J. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Mallin,
in Breschen bei J. Salsch
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. L. Dauter & Co.,
Saalestraße 10, Posen, und
„Invalidentank“.

Nr. 215

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.40 M. für
ganze Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 26. März.

Inserate, die schlagendsten Zeittheile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1891

Am Charfreitag gelangt nur die Morgennummer unserer Zeitung zur Ausgabe, am Sonnabend nur die Mittagsnummer. Die Sonntags-Morgennummer wird bereits Sonnabend Abends von 8 Uhr ab ausgegeben, weil am ersten Feiertage die Ausgabestellen geschlossen sind. Inserate für diese Nummer werden bis Nachmittags 2 Uhr angenommen. Die erste Zeitungsnummer nach dem Feste erscheint Dienstag, den 31. d. Mts., Mittags 11 Uhr.

Politische Uebersicht.

Posen, 26. März.

Nach einer anscheinend offiziellen Notiz in den „Berl. Pol. Nachr.“ sollen bereits die Vorarbeiten für das zu erwartende Kommunalsteuer-Gesetz in Angriff genommen werden. Bereits in der jetzigen Osterpause sollen zwischen den beteiligten Ressorts, dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern kommissarische Beratungen stattfinden, um sich über die Grundlage und den Plan derjenigen Vorarbeiten zu verständigen, welche schon vor dem Bekanntwerden des Ergebnisses der erstmaligen Einschätzung auf der Grundlage der Deklarationspflicht mit Nutzen vorgenommen werden können.

In einer Berliner Korrespondenz der „Magd. Ztg.“ wird auf die bemerkenswerthe Thatsache hingewiesen, daß Fürst Bismarck, wie aus seinen Auslassungen in den „Hamb. Nachr.“ zur Frage der Landgemeindeordnung ersichtlich, an den extremen Theil der Konservativen sich anlehnt, von dem er früher heftig bekämpft ward. „Um so trauriger freilich“, fügt der Korrespondent des nationalliberalen Blattes hinzu, daß sich ein nationalliberaler Wahlkreis gefunden hat, welcher unter diesen Umständen dem früheren Reichskanzler einen Sitz im Reichstage zu verschaffen sucht. Das sollte man doch den Herren von der Farbe der „Kreuztg.“ überlassen, zu denen sich der ehemalige Kanzler jetzt wieder hingezogen fühlt. Auch hier gilt das Sprichwort: „on revient toujours à ses premiers amours“ — und zwar beiderseitig.

In der letzten Privatunterredung, welche Abg. Richter mit dem verstorbenen Abg. Windthorst am Montag vor seinem Tode Nachmittags im Restaurationszimmer des Reichstags hatte, kam, wie die „Freis. Ztg.“ mittheilt, auch die Sprache auf die Kandidatur des Fürsten Bismarck im 19. hannoverschen Wahlkreis. Der Unterredung wohnte auch ein Abgeordneter der deutsch-hannoverschen Partei bei. Abg. Windthorst fragte den Abg. Richter, was er von den Wahlausichten des Fürsten Bismarck halte. Abg. Richter bemerkte darauf, daß wenn es gelinge, den freisinnigen Kandidaten in die Stichwahl mit dem Fürsten Bismarck zu bringen, die Niederlage des Fürsten sehr wahrscheinlich sein werde. Der freisinnige Kandidat aber werde sicher nur dann in die Stichwahl kommen, wenn die Deutschhannoveraner im 19. Wahlkreis sich entschließen könnten, bei dieser Wahl als einer Erstwahl schon im ersten Wahlgang für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Abg. Windthorst bemerkte darauf, daß, wenn es nach seinem Wunsche ginge, die Deutschhannoveraner im ersten Wahlgang für den freisinnigen Kandidaten stimmen sollten. Abg. Windthorst gab dann noch seiner Kampfeslust Ausdruck, mit dem Fürsten Bismarck einmal als einfachem Reichstagsabgeordneten eine Lanze zu brechen. Als dann ging das Gespräch auf andere Gegenstände über und schloß damit, daß Abg. Windthorst die Einladung an den Abg. Richter erneuerte, ihn doch einmal in Hannover zu besuchen und bei dieser Gelegenheit auch die Marienkirche anzusehen, deren Vollendung erlebt zu haben ihm, Windthorst, zur großen Freude gereiche.

Der König von Belgien ist nunmehr nach den jüngsten Meldungen entschlossen, eine Revision der belgischen Verfassung vorzunehmen. Es soll durch Auflösung der Kammer und durch Neuwahlen dieserhalb die Wählerchaft befragt werden. Ob dadurch aber die richtige Stimmung des Volkes zum Ausdruck gelangen kann, ist sehr zweifelhaft, weil in Belgien nur ein kleiner Bruchtheil der Bevölkerung wahlberechtigt ist.

Die italienischen Blätter stellen Betrachtungen über das Kammervotum vom Sonnabend an, die nach der Parteistellung entweder sehr vergnügt oder sehr verdrießlich lauten. Die „Italia“ nennt das Votum ein patriotisches, weil es das Land vor einer neuen Krise bewahrt habe, und spricht die Hoffnung aus, daß dieselbe auch künftig vermieden werden würde. Die „Riforma“ weist auf den musivischen Charakter der Mehrheit hin und erklärt, eine so bunte Gemischte Gesellschaft könne sich auf die Dauer nicht vertragen. Das namentliche Verzeichniß der Abstimmung giebt in der That ein sehr merkwürdiges Bild. Die Parteien sind durcheinandergeworfen wie von einem Wirbelsturm. Sowohl unter der Mehrheit wie unter der Minderheit als auch in dem Verzeichnisse Jener, welche sich der Abstimmung enthalten haben,

sind sämtliche Fraktionen vertreten. Die größten politischen Gegner haben gemeinsam gestimmt, Torraca mit Pantano, Bonghi mit Cavallotti, Camporeale mit Caldesi. Das schönste Stück aber führte der Irredentist Bovio auf. In der Debatte erklärte er, sich des Votums enthalten zu wollen, und dann stimmte er, wahrscheinlich von Cavallotti befehrt, ganz ruhig für das Kabinett.

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ haben der Ministerpräsident Rudini und der englische Botschafter Lord Dufferin ein Protokoll unterzeichnet, durch welches die Demarkationslinie der englischen und der italienischen Einflußsphäre in Ostafrika festgesetzt wird. Darnach geht die vereinbarte Linie das Thal des Tuba von der Mündung aufwärts bis zum 6. Grad nördl. Breite, folgt alsdann dem sechsten Parallellkreise bis zum 35. Längengrade und diesen entlang bis zum Blauen Nil. Aethiopien mit Kassa und den anderen Gebiets-Dependenzen bleibt also mit der südlichen Grenze innerhalb der italienischen Einflußsphäre. Was die Station Kismaju betrifft, so sollen die italienischen Unterthanen und Schutzbefohlenen völlig gleiche rechtliche Behandlung wie die englischen genießen. Mit diesem Abkommen sind die englisch-italienischen Abgrenzungsverhandlungen indessen noch nicht beendet. Nicht nur die Ostgrenze der italienischen Besitzungen in Abessinien, sondern auch die Nord- und Nordwestgrenze sind noch festzustellen. Speziell die wichtige Frage, wem dereinst Kassala anheimfallen soll, harret noch der Erledigung.

Jules Ferry hat mit seiner humoristisch angehauchten Versöhnungs-Predigt, wie das eben den Versöhnungspredigern zu gehen pflegt, weder rechts noch links Anklang gefunden; sogar die Regierung hat Ursache zur Unzufriedenheit, denn der „Kultus der ministeriellen Stabilität“, dem Redner zu huldigen erklärte, wird von Vielen für reine Ironie genommen. Das „Journal des Debats“ findet in der Rede gar keine neue Idee, Herr Pelletan von der „Justice“ dagegen findet darin „höchstens zwei oder drei neue Ideen“. Herr Pelletan schreibt seit zwanzig Jahren täglich einen oder mehrere Aufsätze, früher im „Rapport“, dann in der „Justice“, und hat dabei stets viel Witz, Belesenheit und zuweilen auch Bosheit entwickelt, aber viel von neuen Ideen ist darin nie zu finden gewesen. Wenn er jetzt tadelnd bemerkt, die Rede Ferrys enthalte „höchstens“ zwei oder drei neue Ideen, so ist er doch sehr anspruchsvoll. Der „Radical“ wirft Ferry wieder einmal vor, nach der Präsidenschaft zu streben. Wie viel Worte immer gemacht werden, statt des einfachen und offenen: „Wir wollen nichts von Dir wissen!“

Wie aus Bukarest berichtet wird, wären zwar die Aussichten der Regierung bei den Wahlen keine günstigen, da, wenn die Wahlen unbeeinflusst bleiben, sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine junimunistische Mehrheit ergeben dürfte. Allein abgesehen davon, daß seitens der Regierung dahin gearbeitet wird, Manu und Lahovary und ihren Anhang für sich zu gewinnen, deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Regierung bei den Wahlen mit Hochdruck arbeiten wolle. In dieser Beziehung ist es bemerkenswerth, daß große Veränderungen in der Besetzung der Präfektenstellen im Zuge sind, und daß zu neuen Präfekten nur solche entschiedene Anhänger der Regierung ernannt werden, von welchen diese erwarten darf, daß sie alles aufbieten werden, um für die Regierung günstige Wahlen herbeizuführen. Was es aber zu bedeuten habe, wenn besonders auf dem flachen Lande Wahlen unter einem von der Regierung ausgeübten Hochdruck vorgenommen werden, das hat man in Rumänien oft genug erfahren.

Deutschland.

Berlin, 25. März. Die Kreuzzeitungsleute sind gegenwärtig ungeheuer vergnügt, und sie haben auch allen Grund dazu, wenn sie die Ausbrüche des Aergers hören, den der Gelddorffsche Flügel der Partei über den Aufkauf des „Deutschen Tagebl.“ empfindet. Dieser Streit im konservativen Lager, der sich nun schon Jahre hinzieht, wird zumeist ganz falsch aufgefaßt. Die Optimisten, wie die Pessimisten unter den Zuschauern aus den anderen Parteien glauben immer, die Gegensätze würden zu einer Sprengung der Rechten führen. Aber so steht es gar nicht, sondern der Streit geht nur um die Taktik, und in keiner Partei sind rechter und

linker Flügel so einig über die Grundfragen wie in der konservativen. Darum wäre es verkehrt, sich über den jetzigen Erfolg der Kreuzzeitungsgruppe über ihre Rivalen aufzuregen und daraus etwa eine neue Parteigestaltung hervorgehen zu sehen oder aber den Zerfall der konservativen Partei zu prophezeien. Sie wird die alte bleiben, ihrem Grundwesen und ihren Erscheinungsformen nach, und sie wird sich auch nicht spalten. Nur Eines scheint sich ändern zu wollen, nämlich dies, daß die gesammte Partei, den linken Flügel gerade so gut einbezogen wie den rechten, noch mehr nach rechts hinüberdrückt, ein Vorgang, gegen den wir eigentlich gar nichts haben. Denn jede Partei hat, ihrer Anlage und Bestimmung nach, die Tendenz, sich bis zu ihren extremen Gestaltungen auszuleben, und erst in ihrer schärfsten Form erkennt sie selber und erkennen andere an ihr ihren wahren Inhalt. Die stärkere Betonung des Kreuzzeitungsstandpunktes innerhalb der konservativen Partei paßt durchaus in die Entwicklung hinein, die unsere Zustände gegenwärtig nehmen. Auf die Zeit des wohlwollenden und objektiv gemeinten Verschleierns vorhandener Gegensätze, wie sie den Beginn des neuen Systems kennzeichnete, folgt gegenwärtig wieder eine Periode der entschiedeneren Hervorkehrung der Parteigrundsätze, und die letzten parlamentarischen Kundgebungen der Regierung bewegen sich gleichfalls in dieser Richtung. Bei jeder wichtigeren Frage, die zur Entscheidung drängt, stellt sich heraus, daß die parteilose Objektivität nur ein schöner Traum ist, und die Gegensätze verbergen sich nur gerade so lange, wie es an Gelegenheit fehlt, wo sie auf einander stoßen können und müssen. Bei der Landgemeindeordnung hat sich das schon im Kleinen gezeigt, beim deutsch-österreichischen Handelsvertrage wird es im Großen hervortreten, und wir werden bei diesem Anlaß noch eine Scheidung der Geister erleben, an die man heute nur wenig denkt, und an die Viele noch weniger glauben möchten. In diesem Sinne und im Zusammenhang mit weitgreifenden Entwicklungsprozessen unseres Parteilebens ist der Aufkauf des „Deutschen Tagebl.“ durch die Hintermänner der „Kreuztg.“ in Wahrheit ein politisches Ereigniß. Auch sind wir gar nicht überrascht, zu erfahren, daß sich die Kreuzzeitungsleute mit noch umfassenderen Plänen tragen. Sie wollen, so heißt es, an Stelle des „Deutschen Tagebl.“ ein neues Organ gründen, das die Aufgabe haben soll, die konservativen Elemente des Zentrums von dieser Partei abwendig zu machen und der Rechten zuzuführen. Eventuell würde die „Kreuztg.“ selber dies Geschäft, worin sie sich schon bisher nicht selten versucht hat, mit verstärkten Kräften unternehmen. Innerhalb der ultramontanen Partei findet schon die bloße Ankündigung solcher Liebeswerbungen eine halb ironische Zurückweisung. Für den Augenblick mag die Ironie auch am Plage sein, denn so schnell geht es wohl nicht mit dem Zerfall des Zentrums. Immerhin wird man diesen Feldzug der entschiedeneren Konservativen aufmerksam zu verfolgen haben.

Der Kaiser hatte heute Vormittag eine Unterredung mit dem Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau. Nachmittags empfing der Kaiser den Prinzen Friedrich Carl von Hessen zur Abstattung persönlicher Meldung und ertheilte darauf den beiden Feldproben Dr. Richter und Dr. Altmann die nachgesuchten Audienzen.

Der „Reichsanzeiger“ meldet offiziell die Amtsentlassung des Konistorialpräsidenten Dr. Segel. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die im Reichsgesetz betreffend die Einverleibung Helgolands vorgelegene kaiserliche Verordnung, durch welche eine große Zahl von Reichsgesetzen in Helgoland mit dem 1. April d. in Kraft gesetzt wird.

Der „Nat.-Ztg.“ zufolge wird der „Welfenfonds“ größtentheils für Zwecke der auswärtigen Politik verwendet. Zweifellos steht auch diese Verwendung im Widerspruch mit dem Wortlaut der Beschlagnahmeverordnung, in der nur von feindlichen Bestrebungen des Königs Georg die Rede ist.

In Sachen des Welfenfonds wird der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin geschrieben:

Fort mit dem Welfenfonds! tönt es jetzt, nachdem die Nachsicht seines früheren Verwalters ihn zum Selbstenunzant gemacht hat, auch aus den Organen der Parteien, die zur Zeit der Macht des großen Mannes den Geheimfonds gegen jeden Angriff der Opposition als eine „nationale“ Einrichtung überzeugungslos verteidigt haben, und Männer, die früher kein kritischeres Wort gegen die Nährquelle der Reptilien wagten, entdecken jetzt plötzlich, daß die Existenz solcher unkontrollirten geheimen Mittel die Keime der Korruption in sich birgt. Sehr erfreulich; es ist ja im Himmel mehr Freude über einen bekehrten Sünder, als über zehn Gerechte;

aber es ist doch zu arg, wenn die moralisch Entrüsteten von heute ihre frühere Blöße mit der Fiktion zu decken suchen, als habe erst die Kenntnis der Entnahme einer großen Summe aus dem Welfenfonds zu Gunsten des Schwiegersvaters eines Ministers die Welt über das verderbliche System aufgeklärt, von dem die Verwendung des Welfenfonds nur einen Theil bildet. Die Entnahme einer Summe aus dem Welfenfonds zu Gunsten eines Ministers ist entschieden widergesichtlich, aber vom moralischen Standpunkte aus würde die frühere Verwendung des Welfenfonds in einem unerwartet günstigen Lichte erscheinen, wenn sie dessen Erträge nicht zu schlimmeren Zwecken mißbraucht hätte, als in diesem Falle, in dem wenigstens Dritten kein Unrecht geschah. Es ist ganz unzweifelhaft, daß die Vergiftung der politischen Kampfwelt und feile Gefinnungslosigkeit, die das Bismarck'sche Regiment zu seiner Existenz bedurfte, wesentlich durch diesen Fonds gefördert worden ist. Die Leute, die ihr Gewissen beschwichtigen haben, als man dem mit Glücksgütern begnadeten großen Staatsmanne aus öffentlichen Sammlungen in Gestalt eines angeblichen Stammgutes anderthalb Millionen schenkte, dürfen daher über den Fall Bötticher weder erstaunt, noch entrüstet sein. Weshalb und unter welchen Umständen Fürst Bismarck seinen ersten Hausarzt zum Direktor des Reichsgesundheitsamtes und seinen letzten Leibarzt trotz des moralischen Defekts zum Professor an der Universität Berlin gemacht hat, ist doch nie ein Geheimniß gewesen. Wo waren damals die Entrüsteten von heute? Der Nepotismus, den Fürst Bismarck mit seinen Söhnen trieb, und die Art, wie er die Klinker der Gesetzgebung handhabte, um sich gegen die Berliner Miethsteuer zu schützen, sind doch Thatfachen, die Allen, die damals geschwiegen haben, jetzt die Berechtigung nehmen, sich über irgend welche Enthüllungen aus der Geschichte des Welfenfonds erstaunt zu zeigen. Der ganze jetzige Vorgang zeigt nur von Neuem, daß der ehemalige Reichsfkanzler nicht nur die politische Gefinnung und die selbstständige Ueberzeugung eines großen Theiles der Nation sich unterworfen hatte, sondern daß er auch das sittliche Empfinden und das Urtheil über Recht und Unrecht in einem Banne hielt, der jetzt erst langsam zu weichen beginnt.

— Auf Grund des Adels-Edikts vom 26. Mai 1818 besteht heute noch in Bayern die Bestimmung zu Recht, daß eine dem Adel angehörende Person, die „niedere, bloß in Handarbeit bestehende Lohndienste“ übernimmt oder ein Gewerbe bei offenem Kram und Laden oder die Handarbeit ausübt, so lange die Adelsbezeichnung nicht führen darf, als sie dieser Beschäftigung nachgeht. Auf ihre Kinder, sofern sie sich nicht in gleichem Falle befinden, erstreckt sich diese Suspension des Adels nicht. In dem Orte Ramsen bei Kirchheimbolanden in der Pfalz wohnt ein Graf Max Siegmund v. Tauffkirchen zu Guttenburg und Engelburg, der Chef der ersten, 1684 in den Reichsgrafenstand erhobenen Hauptlinie der bekannten, in Bayern und Oesterreich verbreiteten Familie, und ernährt sich daselbst als Wirth und Kaufmann. Auf Grund des „Adels-Edikts“ muß er sich einfach „Taufkirchen“ nennen. Als ihm jüngst ein Kind geboren wurde, bezeichnete er, vielleicht um diesem den ihm zukommenden Titel zu sichern, sich als Graf. Die Folge war ein amtsrichterlicher Strafbefehl in Höhe von 6 M. oder zwei Tagen Haft wegen Zuwiderhandeln gegen die Bestimmung des Adels-Edikts. Der gräfliche Wirth erhob zwar Widerspruch gegen den Befehl, erschien aber nachher in dem Termine nicht, und so mußte das Schöffengericht den Einspruch verwerfen, ohne die nicht ganz unwichtige Frage prüfen zu können, ob jene Bestimmung vor

dem Zivilstandsgesetz bestehen kann, das die absolute Zulässigkeit des Inhaltes der Standesregister sichern will. Nach dem bayerischen Edikte steht den Kindern des Herrn „Taufkirchen“ das Recht zu, sich Grafen und Gräfinnen v. Tauffkirchen zu nennen, wenn auch der Adel ihres Vaters suspendirt ist, ja, sie dürfen sogar unbeschadet ihres Rechtes auf den Grafentitel den Bauern gelegentlich Wein und Branntwein ausschänken. Erst wenn sie selbst ein ähnliches Gewerbe auszuüben beginnen, gehen sie des Rechtes verlustig. Wie aber soll dieses Recht später einmal festgestellt werden, wenn das Standesregister nicht den richtigen, sondern nur den zeitlichen Namen des Vaters aufweist? Es wäre wirklich nachgerade an der Zeit, daß man mit dem veralteten Adels-Edikte aufräume.

Köln, 25. März. Die „Köln. Ztg.“ meldet: Im Kohlenversorgungs-Geschäft treten infolge einer während längerer Zeit höchst ungenügenden Kohlenzufuhr seitens der Zechen empfindliche Störungen auf. Die Zechen erklärten, den von allen Seiten an sie gestellten Anforderungen nicht nachkommen zu können; es hätte der größten Anstrengung bedurft, um die vertragsmäßig vorgeesehenen Mengen in der vereinbarten Frist zur Ablieferung zu bringen, sodaß die verlangte Mehrlieferung von Kohlen an die Eisenbahnverwaltungen seitens der größeren Werke unberücksichtigt bleiben mußte. Mehrere Eisenbahnverwaltungen vergrößerten ihre Lagerbestände infolge der verbreiteten Auslandsgerüchte, indem sie unter der Hand große Mengen Kohlen aufkauften.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Korrespondent des „Pesti Naplo“ hatte eine Unterredung mit Ludwig Kossuth, der sich auch über die Verwaltungsreform äußerte. Er bezeichnete den Ausdruck „Verstaatlichung der Verwaltung“ als einen Unsinn. Die Vorlage enthalte keine Reform, sondern die Stabilisirung der ministeriellen Allmacht. Kossuth sprach mit großer Anerkennung von der Begabung und Haltung der Minister Weyerle, Baross und Csaky und rühmte ganz besonders den Charakter und die Talente des Grafen Apponyi. Er erzählte, daß General Türr in seinem (Kossuths) Namen auf den Sarg des Prinzen Napoleon einen Kranz niedergelegt habe mit der Aufschrift auf der Schleife: „Dem Prinzen Napoleon die dankbaren Ungarn.“

Frankreich.

* Zu der Verleihung des russischen Andreas-Ordens an den Präsidenten Carnot — den Orden besitzt bis jetzt nur ein Franzose, nämlich der Marschall Mac Mahon — schreibt „Siecle“ folgenden Kommentar:

Unser Präsident ist zweifellos dadurch, daß wir ihn zum höchsten Amt berufen haben, allen Herrschern ebenbürtig, und wenige unter ihnen können so wie Herr Carnot auf die Zukunft rechnen und genau wissen, was ihre Völker denken. Nichtsdestoweniger und ungeachtet des Glanzes, mit welchem das erste Amt Frankreichs umgibt, ist der von Rußland gesandte Andreas-Orden werthvoll, denn er beweist, daß das Ausland sich vor der moralischen Kraft unserer republikanischen Nation beugt und sich von der militärischen Macht Rechenschaft ablegen wird, der Frankreich beim ersten Aufruf an die Pflicht dastehen wird. Der Zar ehrte

und dankte nicht allein dem Präsidenten Carnot, seinem Kollegen unter den Herrschern, indem er ihm eine so vielbegehrte Auszeichnung zutheil werden ließ, sondern begrüßte damit auch die französische Demokratie selbst, und man kann sagen, daß dieser Beweis der Achtung und Freundschaft zwanzig Jahre der Republik trönt und befestigt.

Spanien.

* Zur Arbeitsbewegung in Spanien wird dem „B. Z.“ aus Madrid gemeldet: Der in Madrid tagende Arbeiterkongreß, welcher zum Zwecke der Erreichung des Achtstundentages zusammentrat, ist ohne Störung verlaufen. Nach Nachrichten aus Valladolid dagegen nimmt dort die Arbeiterfrage eine ernstere Gestalt an. Gruppen von Arbeitern durchzogen die Fabriken und Werkstätten und erzwangen daselbst die Einstellung der Arbeit; auch in den Straßen fanden heftige Kundgebungen statt, wobei die Streikenden Steine gegen das Haus des Bürgermeisters schleuderten. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Afrika.

* Von Madagaskar sind durch das Paderboot „Ava“ welches in Marneille eingetroffen ist, Nachrichten mitgebracht, nach welchen Raindimialata, Gouverneur von Nosy-Bé, welcher mehr als 200 Einwohner Madagaskars ermorden ließ, mit seinem Bruder an derselben Stelle, wo die früheren Mordthaten begangen wurden, hingerichtet wurde. In Anjouan, einer der Comorischen Inseln, giebt sich eine gewisse Bewegung kund.

Militärisches.

— Beförderungen. Eine Sonderausgabe des „Mil.-Wochenblattes“ veröffentlicht einen Theil der zahlreichen Beförderungen, welche in der preussischen Armee am 22. d. M. stattgefunden haben. Es sind bei diesem Avancement nicht nur die durch zahlreiche Abgänge höherer Offiziere erledigten Stellen wieder besetzt, sondern es sind auch bereits diejenigen Ernennungen erfolgt, welche durch die Veränderungen, die der am 1. April c. in Kraft tretende neue Etat in der Organisation des Heeres vorsieht, bedingt sind. Die Verabschiedungen selbst sind amtlich noch nicht bekannt gegeben, sodaß man nur aus den Beförderungen schließen kann, daß mehrere Brigadeführer, der Festungskommandant von Glatz und eine Zahl von Regimentskommandeuren abgegangen sind. Man nennt ferner als verabschiedet den Generalleutnant Meyer, Präses des Ingenieurkomitees, den Generalleutnant v. Bergen, Inspekteur der 1. Pionier-Inspektion und den Generalmajor Hofmann, Inspekteur der 3. Ingenieur-Inspektion. Zum Präses des Ingenieurkomitees soll der Generalmajor Schulz, bisher Inspekteur der 2. Pionierinspektion ernannt und mit Wahrnehmung der Geschäfte der 1. Pionierinspektion der bisherige Chef des Stabs der Generalinspektion des Ingenieurkorps v. Oberst Becker ernannt sein. Zum Kommandeur des Landwehrbezirks I. Berlin ist an Stelle des als Regimentskommandeur nach Breslau versetzten Obersten v. Fragstein und Riemsdorff der Oberstleutnant Becker vom Füsilier-Regiment Graf Roon Nr. 33, zum Führer des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments an Stelle des zum Kommandeur der Garde-Feldartillerie-Brigade ernannten Obersten Freiherrn Neubronn v. Eisenberg der bisherige Stabsoffizier in diesem Regiment Oberstleutnant v. Sleyterman Lange ernannt worden. Auch das Leibregiment in Frankfurt a. O. hat in dem Oberst v. Krosigk, der bisher bei den 3. Jägern in Guben stand, einen neuen Kommandeur erhalten; der bisherige Kommandeur, Oberst Baron v. Collas, ist zur Führung der 53. Infanteriebrigade nach Württemberg kommandirt. Sehr zahlreich waren die Veränderungen im Generalstabe. Es ist eine ganze Anzahl

Frei-Amerika.

Von
A. Corvinus.

(Nachdruck verboten.)

„Amerika, das Land der Freiheit.“ ist eine Redensart, die mit Vorliebe auf die Vereinigten Staaten angewandt wird und ja auch recht viel Wahres enthält, aber auch nur „recht viel“ Wahres; denn vollständig wahr ist jene Redensart nicht. Die amerikanische Freiheit birgt, — so paradox es auch klingen mag — geradezu ein Stück Sklaverei in sich.

Da jagt der Amerikaner: „Wir sind freie Leute, die sich selbst die Gesetze geben können,“ und nun führt er die Prohibition ein, die dem Bürger nicht gestattet, das zu trinken, was ihm behagt. Er führt den puritanischen Sonntag ein, der die Schließung von Theater, Museum und Restaurant am Sonntage zur Folge hat, so daß Leute, die jene Vergnügungslokale besuchen möchten, es der schönen Freiheit halber — nicht können. Giebt es doch sogar Sonntagsfanatiker, die verlangen, daß Dampfer, die nach Sonnabend Nacht in Newyork einlaufen, bis zum Montag Morgen warten sollen, bevor sie ihre Passagiere landen; kurz, der Amerikaner führt in einer vollständig einseitigen Auffassung der Freiheit oft Bestimmungen ein, die einen klavischen Druck auf einen Theil der Bevölkerung ausüben. Der Amerikaner ist häufig nicht genug Herr seiner selbst, um das, was er persönlich für das Richtige hält, aus freiem Antriebe so thun und sucht dann sich selbst — und Andere, die nicht seiner Ansicht sind, durch die Kraft von Gesetzen zu zwingen und zu tyrannisieren.

Besonders tritt diese „Sklaverei der Freiheit“ aber in gewissen Arbeiterkreisen stark hervor. Ueberall, in jedem Zweige der Industrie, der Gewerbe giebt es Vereine, sogenannte Arbeiter-Unionen, und ihre Mitglieder, die die Freiheit für das höchste Gut zu halten vorgeben, gehorchen dem Willen einiger Führer, die sie selbst gewählt haben. Wie weit diese Vereinigungen in den Vereinigten Staaten gehen, kann man daraus erkennen, daß die Eisenbahnkonduktoren, die Lokomotivheizer, die Lokomotivführer, die Weichensteller, die Telegraphenbeamten, die Angestellten der Straßenbahnen, die Musikanten, die Orgeldreher, die Tischler, die Braugesellen, die Schlosser, die Matrosen, die Gepäckträger, die Droschkenfahrer, die Fuhrleute u. a. m. ihre Vereine haben, welche theilweise wieder große Brüderschaften bilden.

Diese Vereine sind nun der Ansicht, daß bloß ihre Mitglieder, so zu sagen, existenzberechtigt sind. Sie suchen ihre Arbeitgeber zu zwingen, nur Unionleute zu beschäftigen und wollen den Arbeitgebern das Recht nehmen, zu beschäftigen, wer ihnen am Besten paßt.

Diese Vereine üben oft einen fast komischen Zwang aus.

Kommt da zum Beispiel ein Maurer in Newyork an, der der alten Welt den Rücken gekehrt hat, um in der neuen sein Glück zu versuchen. Er geht zu einem Baumeister und bittet um Arbeit.

„Gehören Sie einer Maurer-Union an?“ lautet hier die Frage.

„Nein!“

„Thut mir leid, dann kann ich Ihnen keine Arbeit geben!“

Nun begiebt sich der Aermste zu dem Bureau der Union!

„Ich möchte gern der Union beitreten“, sagt er.

„Gut“, wird ihm erwidert, wie lange sind Sie schon im Lande?

„Fünf Tage!“

„Fünf Tage erst? Ja, mein Lieber, wer unserer Union beitreten will, muß mindestens sechs Wochen im Lande gewesen sein!“

Da steht nun der unglückliche Maurer in der neuen Welt — dem Lande der Freiheit — und kann trotz besten Willens keine Arbeit finden!

Das Streben dieser Vereine nach Einfluß und offizieller Anerkennung übersteigt oft die Grenzen des Glaublichen. Muß die Regierung eines Staates vielleicht einen Kontrakt für die Ausführung einer großen Arbeit abschließen und verlangt sie von der gesetzgebenden Körperschaft eine Geldbewilligung, so liegt flugs eine Anzahl Unionen den Gesetzgebern im Ohre, und das Geld wird unter der Bedingung bewilligt, daß bei der Arbeit nur Union-Leute beschäftigt werden sollen — und damit ist dann einer großen Menge anderer fleißiger Arbeiter die Aussicht auf guten Erwerb entzogen!

In derselben Weise zwingt oder veranlaßt die Union der Fuhrleute den Stadtrath ihrer Stadt, zu bestimmen, daß bei städtischen Bauten nur solche Fuhrleute beschäftigt werden sollen, die in der Nähe der Stadt selbst wohnen — Fuhrleute, die in der Nähe der Stadt auf dem Lande wohnen, sind ausgeschlossen.

Ein Gesetz, welches in gewissem Sinne ähnliche Zwecke verfolgt, indem es die Konkurrenz billiger Arbeit einschränken will, ist jenes, welches die Einfuhr ausländischer Arbeiter unter Kontrakt verbietet. Es darf also Niemand beispielsweise von Amerika aus für seine Fabrik ein Dienstmädchen oder einen Arbeiter in Deutschland engagiren. Eine derartige Abmachung ist ein Umgehen jenes Gesetzes — die auf eine solche Abmachung hin nach Amerika kommenden Personen würden umgehend zurückgeschickt werden. Auf Grund dieses Gesetzes wollte sogar die Musikanten-Union der Stadt Newyork die Landung des berühmten Straußschen Orchesters seiner Zeit verhindern. Glücklicher Weise hatte man aber an maßgebender

Stelle ein Einsehen und erklärte, das Gesetz fände auf jenes Orchester keine Anwendung, weil seine Mitglieder keine Arbeiter, sondern Künstler wären.

Und nun die politische Freiheit! Diese ist ja theoretisch in den Vereinigten Staaten vorhanden, aber mit der Praxis sieht es häufig übel aus! Im Allgemeinen arbeiten die Maschinen der großen politischen Parteien so gut und so bestimmt, daß die Wähler nur durch Abgeben ihrer Stimmen für die aufgestellten Kandidaten „Ja und Amen“ zu sagen brauchen. Dabei geht es bei den Wahlen oft recht korrupt her, da der Stimmenkauf im Großen betrieben wird. Gerade in jetziger Zeit ist man in den einzelnen Staaten darauf bedacht, durch Einführung neuer Wahl- und Stimm-Methoden reinere Wahlen zu erzielen.

Oft gleicht die Wahl geradezu einem Spiele Schach, bei dem der beste Spieler gewinnt. In Folge solcher geschickten Schachzüge durch die Führer der republikanischen Partei wurde u. A. seiner Zeit Präsident Harrison gewählt, nachdem sein Gegner, der Präsident Cleveland ein Mehr von über 100 000 Stimmen hatte. Die Präsidentenwahl ist nämlich eine indirekte, d. h. der Bürger stimmt nicht für den Präsidenschaftskandidaten, sondern für den Wahlmann seiner Partei. Jeder Staat hat eine bestimmte Anzahl Wahlmänner. Die Partei, deren Wahlmänner in einem Staate die meisten Stimmen haben, hat den Staat gewonnen und seine Wahlmänner gehören ihr. Es ist nur eine Mehrheit erforderlich. Es kann also eine Partei die sechsunddreißig Wahlmänner des Staates Newyork mit nur wenigen Stimmen Majorität gewinnen, während ihre gegnerische Partei in einem anderen Staate die zwölf Wahlmänner mit einer Mehrheit von 20 000 Stimmen gewinnt; es bleiben doch in letzterem Falle nur zwölf Wahlmänner, die Größe der Mehrheit ändert da gar nichts. Mit anderen Worten giebt die Majorität der Stimmen in den einzelnen Staaten, nicht aber Stimmenmehrheit im Allgemeinen den Ausschlag. Es handelt sich demnach bei den Präsidentenwahlen darum, nicht eine größere Anzahl von Stimmen überhaupt, sondern durch Bearbeitung „unsicherer Staaten“ eine größere Zahl von Wahlmännern zu gewinnen. Dabei ist natürlich geschicktes Operiren eine Nothwendigkeit, aber des Volkes Stimme gilt wenig in der Sache.

Das wären so einige dunkle Flecken am Himmel der amerikanischen Freiheit, der es schließlich so geht wie allem Irdischen, daß sie nicht vollkommen ist. Auf der anderen Seite aber dienen diese Flecken wieder dazu, wie die Schönheitspfasterchen der guten alten Zeit, die hellen und frischen Farben der amerikanischen Freiheit sowie ihre idealen Züge um so schärfer und leuchtender hervortreten zu lassen.

von Offizieren aus dem Generalstab in die Front verlegt, während andererseits viele Offiziere in den Generalstab verlegt oder zurückverlegt sind. Von den zum großen Generalstab kommandierten Premierlieutenants u., deren Kommando am 1. April c. abläuft, sind 18, darunter 16 als Hauptleute, in den Generalstab bezogen. In dessen Nebenetat verlegt, 10 sind theils zu ihren Regimentern zurückgetreten, theils als Brigadeadjutanten u. verwendet; 20 sind auf ein weiteres Jahr zum Generalstab kommandirt. 41 Premierlieutenants, nämlich 26 von der Infanterie, 12 von der Kavallerie und 3 von der Artillerie sind neu zum Generalstab kommandirt. Unter diesen Offizieren, von denen der größte Theil später in dem Generalstab zur Anstellung gelangen und Karriere machen wird, befindet sich der Premierlieutenant von Helius vom Leib-Garde-Husaren-Regiment, welcher vom Kaiser schon vielfach bevorzugt ist. Das Personal der Lehrer u. an den Kriegsschulen wird am 1. April c. einen starken Wechsel erfahren. Neu kommandirt sind bereits sämtliche Offiziere, die als Lehrer und Inspektions-offiziere bei der am 1. April c. neu zu errichtenden Kriegsschule in Hersfeld Verwendung finden sollen. Die Vermehrung der Bezirksoffizierstellen hat die Anstellung von 44 Offizieren bei den Bezirkskommandos zur Folge gehabt; davon sind 1 Major, 29 Hauptleute und Rittmeister, sowie 5 Premierlieutenants aus dem aktiven Dienste ausgeschieden. Sehr zahlreich scheinen die Veränderungen bei den Ingenieuren gewesen zu sein, die noch nicht veröffentlicht sind.

Lokales.

Posen, 26. März.

* Zur Ansiedelungsfrage. Wir haben die gestern an dieser Stelle reproduzierten Mittheilungen der „Schles. Ztg.“ über beabsichtigte Änderungen in der Handhabung des Ansiedelungsgesetzes mit der Bemerkung begleitet, daß die Bestätigung des Gerichts abzuwarten bleibe. Heute schreibt die „Nat.-Ztg.“ auf Grund zuverlässiger Information, daß die Mittheilungen der „Schles. Ztg.“ jedes thatsächlichen Inhalts entbehren. Unsere Wünsche werden also nach wie vor Wünsche bleiben.

* Stenographentag. Am Dienstag, den 31. d. M., findet in Bongrowitz in Ziegels Hotel eine Generalversammlung des für die Provinz Posen errichteten Stenographen-Bundes, System Stolze, statt. Auf der Tagesordnung stehen: Jahresbericht, Rechnungslegung des Kassensystems, Antrag auf Änderung des § 5 der Satzungen, Wahl des Bundes-Vorstandes, Besprechung allgemeiner stenographischer Angelegenheiten.

* Verweigerte Annahme der Altersrente. Der gewöhnlich seltene Fall, daß ein zum Bezug der Altersrente berechtigter Arbeiter von der Annahme der Rente durchaus nichts wissen will, ist jetzt in Posen in Thüringen vorgekommen. Der Mann äußerte, „er brauche kein Geld, man solle es dem Staat wiedergeben.“

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. März. Das Uebungsgehwader, bestehend aus S. M. Panzerschiffen „Kaiser“, „Deutschland“, „Friedrich Karl“ und „Preußen“, Geschwaderchef Kontre-Admiral Schröder, ist am 24. März d. J. in Gibraltar eingetroffen und beabsichtigt am 30. dess. Nach Vissabon in See zu gehen.

Waldenburg i. Schl., 25. März. Von dem Bergbauer Verche wurden in einer Versammlung des hiesigen Knapenvereins die Meldungen von einem nahe bevorstehenden Ausstande in dem hiesigen Revier als vollständig erfunden bezeichnet.

Köln, 25. März. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Petersburg, die Ernennung des bisherigen Adjunkten des Ministers des Auswärtigen, Blangali, zum Botschafter in Rom sei bereits vollzogen, wenn auch noch nicht veröffentlicht. Derselbe soll in 3 Wochen auf seinen Posten abreisen.

Der Uebertritt der Großfürstin Sergius zur orthodoxen Kirche soll in der letzten Fastenwoche erfolgen.

Essen a. d. Ruhr, 25. März. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ meldet, finden innerhalb des Verbandes westdeutscher Grobblechfabrikanten Verhandlungen wegen Bildung eines Verkaufs-Syndikats statt. Derselben Blatte zufolge hat sich unter dem Namen „Verein Rheinisch-Westfälischer Magerkohlen-Zechen“ eine Preisvereinigung der hervorragendsten Magerkohlen-Zechen gebildet.

Hamburg, 25. März. Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins im zweiten Hamburger Wahlkreis beschloß, wie im ersten Wahlkreis, am 1. Mai zu arbeiten und den vierten Theil des verdienten Tagelohnes an die Gewerkschaftsorganisationen zu überweisen. Am 1. Mai soll ein Flugblatt vertheilt werden. Am 3. Mai wird der Verein sich an der geplanten Massenkundgebung der Gewerkschaften beteiligen. Anlässlich der Wahl im 19. Hannoverschen Wahlkreis will der Verein seine Mittel und Kräfte für die Agitation zur Verfügung stellen.

Dresden, 25. März. In einem von dem amtlichen Regierungsorgan veröffentlichten Erlasse, in welchem der König seinem tiefgefühlten Bedauern über das Ableben des Ministerpräsidenten Grafen von Fabrice Ausdruck giebt, heißt es: „Er schütterten Herzens trauern wir um diesen in der wichtigsten Stellung hochverdienten Mann, den Mein wärmster Dank zu Grabe geleitet.“

Dresden, 25. März. Der König erschien heute Mittag mit einem Generaladjutanten im Hause des verstorbenen Kriegsministers. Vom Kaiser, sowie von zahlreichen Fürstlichkeiten sind Beileidstelegramme eingelaufen.

Dresden, 25. März. Der König hat anlässlich des Todes des Kriegsministers, Grafen v. Fabrice, eine achtstägige Trauer für sämtliche Offiziere der Armee anbefohlen. Bei den Offizieren des Garde-Reiterregiments soll die Trauer zehn Tage, bei den Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums vierzehn Tage dauern.

Wien, 25. März. Das „Fremdenblatt“ meldet: Der kürzlich der serbischen Schiffschiffahrt zugegangene Gesetzentwurf, wonach gewisse Einfuhrartikel neben dem Zölle noch einer Konsumabgabe unterliegen sollen, enthält wohl den Vorbehalt, daß diese Abgaben nur insofern eingehoben werden sollen, als

sie nicht den bestehenden Handelsverträgen widersprechen: dieser Vorbehalt überläßt jedoch die Interpretation der Frage, was mit den Handelsverträgen vereinbar sei, lediglich dem Ermessen der serbischen Regierung. Serbien müsse anerkennen, daß einer Einhebung der dem österreichisch-serbischen Handelsverträge widersprechenden Konsumabgaben ein Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn vorangehen müsse; jede andere Weise vorzugehen wäre offener Vertragsbruch, dessen Konsequenzen nur den Export Serbiens treffen würden.

Wien, 25. März. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, beabsichtige die ungarische Regierung die Verstaatlichung der ungarischen Linien der Staatsbahn-Gesellschaft schon jetzt in Angriff zu nehmen. Obgleich das Einlösungsrecht der Regierung erst mit dem 1. Januar 1895 in Kraft tritt, seien die beiderseitigen Handelsminister in Fühlung getreten, um sich über jene Vereinbarungen zu verständigen, welche nothwendig sind, damit beide Regierungen die Parallelaktion zur Verstaatlichung des ungarisch-österreichischen Netzes der Staatsbahn-Gesellschaft beginnen können.

Rom, 25. März. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat die österreichisch-ungarische Regierung angeordnet, daß der österreichische Deserteur Alter, welchen sich die österreichischen Wachen von den auf italienischem Boden befindlichen italienischen Wachen ausliefern ließen, an der Grenze bei Ala den italienischen Behörden sofort wieder übergeben werde.

Paris, 25. März. Der Ministerrath wird sich demnächst mit der Frage beschäftigen, ob das Gesetz, betreffend die Ausweisung von Mitgliedern ehemals regierender Häuser, auch auf den Prinzen Louis Napoleon Anwendung finden soll.

Die Tagesordnung des vom 31. März bis zum 3. April hier selbst tagenden internationalen Bergarbeiter-Kongresses enthält Anträge betreffs Gründung einer internationalen Vereinigung sowie betreffs Organisation eines allgemeinen internationalen Streikes behufs Erlangung des achtstündigen Arbeitstages. Außerdem steht ein Antrag belgischer Grubenarbeiter auf der Tagesordnung, welcher die Bergarbeiter anderer Länder auffordert, die belgischen Grubenarbeiter durch Einschränkung der Kohlenförderung zu unterstützen, wenn dieselben zur Erreichung des allgemeinen Stimmrechts streifen sollten.

Paris, 25. März. Wie die Morgenblätter mittheilen, hielt sich der Prinz von Orleans mehrere Tage in Paris in der Bekleidung eines Dieners bei einer bekannten Sängerin auf. Die Regierung, welche hiervon unterrichtet war, hätte sich mit der bloßen Ueberwachung des Prinzen begnügt.

Der russische Botschafter Baron v. Mohrenheim wird morgen dem Präsidenten Carnot den Andreasorden überreichen.

Cannes, 25. März. Die Königin von England traf heute Nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof ein. Zum Empfang waren der Herzog von Cambridge und die Herzogin von Albany daselbst anwesend. Die Königin unterhielt sich mit denselben bis zur Weiterreise. Der auf der Rheide liegende rumänische Kreuzer „Elisabeta“ begrüßte die Königin durch 11 Kanonenschüsse.

Dieppe, 25. März. Bei Buys sind 2000 Kubikmeter des felsigen Ufers eingestürzt, wobei eine Person getödtet, zwei verwundet wurden.

Madrid, 25. März. Der Arbeiter-Kongress hat sich in seiner gestrigen zweiten Sitzung für den allgemeinen Streik als das geeignetste Mittel zur Erreichung des achtstündigen Arbeitstages ausgesprochen.

London, 25. März. Die Kaiserin Friedrich ist in Begleitung der Prinzessin Margarethe heute Nachmittag zum Besuche der Familie des Prinzen von Wales nach Sandringham abgereist.

London, 25. März. Nach einer Meldung des „Bureau Reuter“ aus Buenos Ayres von gestern haben fast sämtliche Gouverneure der Provinzen telegraphisch ihren Beitritt zur Koalition Roca-Mitre kundgegeben. Der Gouverneur von Buenos Ayres und einige juristische Generale haben sich in entgegengegesetztem Sinne erklärt.

Konstantinopel, 25. März. Prinz Louis Napoleon ist aus Tiflis hier eingetroffen. Der Prinz, der von dem italienischen Geschäftsträger empfangen wurde, beabsichtigt morgen nach Rom weiter zu reisen.

Konstantinopel, 25. März. General Schafir Pascha, Präsident der Kommission zur Uebernahme der Mauerbewehrung, (nicht der denselben Namen führende frühere Gouverneur von Kreta) ist an Stelle des verstorbenen Beli Riza Pascha zum Chef der Militärkanzlei ernannt worden.

Sofia, 25. März. An der heute stattgehabten feierlichen Beisetzung des ehemaligen Kriegsministers Rutzkoff nahmen der Prinz Ferdinand, sämtliche Minister und zahlreiche Offiziere Theil. Dem Trauergottesdienst in der Kathedrale wohnten auch die Prinzessin Clementine und die Mitglieder des diplomatischen Korps bei.

Mexiko, 24. März. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat seine Demission gegeben, weil, entgegen seinen Vorschlägen, der Präsident und der Ministerrath keine neuen Eisenbahn-Konzessionen mit Staatsubvention erteilen wollen.

Paris, 26. März. Der Munizipalrath beriet die für den 1. Mai beabsichtigte Kundgebung und nahm nach längerer Debatte eine Tagesordnung an, worin erklärt wird, daß der Munizipalrath mit der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung sympathisire, welcher die Arbeiterkundgebung am 1. Mai als Mittel zum Zwecke dienen solle. Ferner wurde ein Absatz zur Tagesordnung, worin die Verwaltung ersucht wird, die Arbeiter und Beamten der Stadt zu ermächtigen, den 1. Mai als Feiertag zu begehen, abgelehnt. Der Präsekt wies darauf hin, daß die Frage, um die es sich handle, außerhalb der dem Munizipalrath zustehenden Befugnisse liege.

London, 26. März. Gestern Abend wurde Masseniets Oper „Le Mage“ erfolgreichst von der Pariser Grand-Opera nach dem Londoner Generalpostamt telephonirt und zwar mit fünf auf den Bühnen angebrachter Mikrophone. Die einzelnen Instrumente des Orchesters, sowie die Stimmen der Duets und des Chors hoben sich deutlich ab.

Angelkommene Fremde.

Posen, 26. März.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Nittergutsbesitzer v. Zaborowski aus Bygorow, Lieut. Graf v. Poladowski aus Schrimm, Pr.-Lieut. Holz aus Rastow, Fabrikant Groß aus Hanau, die Kaufleute Bürger aus Hannover, Michalski aus Dresden, Bolkman aus London, Herz aus Köln und Hermann aus Berlin.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Nittergutsbesitzer Kunder mit Frau aus Barischin, Schillow aus Ratinow, Landesökonomierath Kunkel und Frau aus Markowo, Hauptmann Himpe aus Glogau, Ingenieur Dressel aus Halle a. S., Zimmermeister Gude aus Regent, Mühlenbesitzer Köhler aus Straube-Kroffen a. D., Direktor Kettler aus Opalenica, die Kaufleute Thimel, Jacobson und Jüster aus Berlin, Gschel aus Dresden, Simon aus Hamburg, Böhm aus Stuttgart und Marschütz aus Nürnberg.

Stern's Hotel de l'Europe. Fabrikant Neumann und Sohn, Student Thiele aus Berlin, Major v. Debern aus Dresden, Gutsbesitzer Zechlin aus Stömen, Maschinenbauer Laack aus Budau, Druckermeister Jarowik aus Landsberg, Lieut. v. Normann aus Rüstern und Kaufmann Albers aus Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Galinski aus Kofschin, Arnold aus Buchholz, Wifler aus Jnnbrunn, Dohle aus Sieger bei Köstlin und Schulz in Beerenfeld.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Hamann aus Striesen, Cohn aus Erin, Stoperan aus Hamburg, Vudorf und Goldberg aus Breslau, Dolmetscher Gajewicz aus Schrimm.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Herz aus Breslau, Jopph aus Nürnberg, Spindler aus Bromberg, v. d. Kahlen aus Solingen, Wittke aus Borsbeurg und Blöschinger aus Mioslaw, Mühlenbesitzer Jäger aus Sempolno, die Gymnasiallehrer Wundrock und Neumann aus Bongrowitz, Kand. phil. Wolter aus Stettin, Versicherungs-Inspeltor Vinner aus Bromberg, Opernsänger Wid aus Posen.

Hotel de Berlin (W. Kamieski). Die Nittergutsbesitzer v. Jaczynski aus Biaski, v. Chelmicki aus Smiejkowo und Wagarowski aus Kwasow, die Aerzte Dr. Marowski aus Witebsk und Dr. Kuchartowski aus Breslau, Rentier v. Mielecki aus Posen, Vergolder Glomp aus Reichthal, Lehrerin Fr. Wittmann aus Neb, Bürger Borkowski aus Krafau, Oberförster Etowski aus Potulice, Gutsbesitzer Elichowicz aus Ryblewo.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Batter aus Berlin, Briniger aus Breslau, Cohn aus Jnn, Bernstien aus Kion, Kuttner aus Wreschen.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Walter aus Malbeuten, Liede aus Berlin, Siebe aus Danzig, Saphir aus Königsberg i. Pr., Ulbricht aus Gölitz, Souffleuse Adarbanell aus Gölitz und Direktor Zimmermann aus Breslau.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Stenzewski und Schwester und Neumann aus Gnesen, Kemp aus Breslau, Bernd aus Grätz, Rostin aus Dirschau, Schwabe aus Berlin, Landwirth Müller aus Rogasen, Sänger Bömer aus Wellnig, die Opernsänger Neubert und Merkel aus Leipzig, Fr. Elise Bauer aus Chemnitz, Gutsbesitzer Turtowski aus Lauban.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 25. März	Morgens 3.94 Meter.
„ „ 25. „	Mittags 3.90 „
„ „ 26. „	Morgens 3.78 „

Komme bestimmt morgen 1/25, da ich Nachts verreise. Ich rechne fest darauf, da nur bis 5 warte.

Freitag  lebende Fische 
Bronckerplatz 7, Ecke Krumme Gasse, im Keller.

J. Lesser.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 25. März. Montanwerthe abgesehen.
3 1/2 %ige L.-Randbriefe 97.40, 4 %ige ungarische Goldrente 92.90, Konfolidirte Türken 19.00, Türksche Loose 79.50, Breslauer Diskontobank 104.50, Breslauer Wechselbank 103.50, Schlesischer Bankverein 120.25, Kreditaktien 176.50, Donnersmarchütte 83.90, Oberschlesische Eisenbahn 69.75, Doppelner Zement 96.50, Kramka 130.30, Laurahütte 128.00, Verein. Delfabr. 106.00, Oesterreichische Banknoten 176.60, Russische Banknoten 240.75.

Schles. Zinkaktien 188.75, Oberschles. Portland-Zement —, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 129.25, Flöthz Maschinenbau 110.00.

Petersburg, 25. März. Wechsel auf London 84.10, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 102 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 291 1/2, Petersburg. Diskontobank 614, Warschauer Diskontobank —, Petersb. intern. Bank 515 1/2, Russ. 4 % proz. Bodenkredit-Bandbriefe 138, Große Russ. Eisenbahn 219, Russ. Südbahnen-Aktien 120 1/2.

Rio de Janeiro, 24. März. Wechsel auf London 17 1/2.

Produkten-Kurse.

Köln, 25. März. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 21.50, do. fremder loco 23.00, per März 22.00, per Mai 22.30, per Juli 22.50. Roggen hiesiger loco 18.00, fremder loco 20.25, per März 19.10, per Mai 18.45, per Juli 18.35. Hafer hiesiger loco 16.75, fremder loco 17.00. Rübsöl loco 63.30, per Mai 62.60, per Oktober 64.90.

Hamburg, 25. März. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco neuer 196—206. Roggen loco rubig, mecklenburg. loco neuer 185—192, russischer loco rubig, 182—188. Hafer rubig. — Gerste rubig. — Rübsöl (unverköhlt) rubig, loco 60 1/2. — Spiritus rubig, per März 34 1/2, Br., per April-Mai 35 Br., per Juli-August 37 Br., per September-Oktober 37 Br. Kaffee rubig. Umfab. — Saft. Petroleum rubig. Standard white loco 6.40 Br., per August-Dezember 6.65 Br. — Wetter: Niedererschläge.

Hamburg, 25. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März —, per Mai 85 1/2, per September 79 1/2, per Dezember 70 1/2. Rubig.

Hamburg, 25. März. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei am Bord Hamburg per März 14.07 1/2, per Mai 13.82 1/2, per August 13.92 1/2, per Oktober 12.82 1/2. Rubig.

Bremen, 25. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6.25 Br. Still.

